Radioaktive Wildpilze aus Osteuropa

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **47 (2000)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-369247

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Radioaktive Wildpilze aus Osteuropa

pd. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wacht mit Argusaugen darüber, dass die Bevölkerung keiner Gefährdung durch Radioaktivität ausgesetzt ist. Ein Beispiel dafür ist die strenge Kontrolle von Wildpilzen aus Osteuropa.

In Anlehnung an verschärfte EU-Massnahmen für den Import von Wildpilzen hat das BAG Mitte September 1999 die Kantonalen Laboratorien ersucht, die ohnehin mit Regelmässigkeit erfolgenden Kontrollen der radioaktiven Belastung von Wildpilzen aus osteuropäischen Ländern zu verstärken. Aufgrund erster Messresultate und aus Gründen der Prävention führte das BAG am 4. Oktober 1999 eine Zertifikatspflicht für Importpilze ein. Die Resultate der nun vorliegenden Messergebnisse für verschiedene Sorten ergeben vor allem für den Semmelstoppelpilz problematische Werte. Die nun vorliegenden Messungen zeigen, dass der Semmelstoppelpilz (Hydnum repandum) stärker als andere Pilze mit Cäsium-137 belastet ist. Von den 120 durch die Kantonalen Laboratorien untersuchten Wildpilzproben überschritten neun Proben Semmelstoppelpilze den Toleranzwert von 600 Becquerel pro Kilogramm Frischware, sechs dieser Proben überschritten auch den Grenzwert von 1250 Bq/kg. Drei Proben Pfifferlinge mussten ebenfalls beanstandet werden. Diese Chargen wurden sofort für den Konsum gesperrt. Bei den übrigen untersuchten Proben (Pfifferlinge, Steinpilze, Totentrompeten und Morcheln) wurden weder Überschreitungen des Toleranz- noch des Grenzwertes festgestellt.
Als Folge dieser Situation und in Anlehnung an die EU-Richtlinie verlangt das BAG seit dem 4. Oktober 1999 für alle Importe von Wildpilzen ab 10 kg Frischgewicht aus Osteuropa ein Analysenzertifikat. Diese Zertifikate müssen den Nachweis erbringen, dass die Warenlose analysiert wurden und der Toleranzwert für Cäsium von 600 Becquerel pro Kilogramm Frischware nicht überschritten wird. Die Gültigkeit dieser Zertifikate wird durch die Zollbehörden an der Grenze kontrolliert. Importe von Wildpilzen ohne gültiges Zertifikat werden zurückgewiesen. Gleichzeitig informieren die Zollbehörden die Kantonalen Laboratorien über sämtliche Pilzimporte. Zudem fahren die Kantonalen Laboratorien mit ihrer Kontrolltätigkeit fort und melden jede Überschreitung von Toleranz- oder Grenzwert dem BAG. Bei der radioaktiven Belastung der fraglichen Importpilze handelt es sich um Cäsium, das bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde.

Atomspürnasen auf der Suche

Eine realistische Messübung der NAZ

VBS. In Buchs im Kanton Aargau fand im Sommer 1999 eine Messübung der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) statt. Dabei wurde angenommen, dass in der örtlichen Kehrichtverbrennungsanlage irrtümlich radioaktives Cäsium verbrannt wurde.

In zweijährigem Zyklus führt die NAZ eine Radioaktivitätsmessübung für die Partner der Einsatzorganisation für erhöhte Radioaktivität (EOR) durch. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde nicht von einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk ausgegangen, sondern es wurde ein Entsorgungsfall mit einer radioaktiven Quelle als Unglücksszenario gewählt. Als Vorlage diente dabei ein Unfall im spanischen Stahlwerk Algeciras im Juni 1998, als versehentlich eine Cäsiumquelle eingeschmolzen wurde und danach eine schwachaktive Radioaktivitätswolke über weite Teile Europas hinweg zog und auch in der Schweiz zu erhöhten Messwerten führte.

Breit gefächertes Aufgebot

Analog dem damaligen Unfall in Spanien wurde am Morgen des Übungstages das Einsatzteam mit erhöhten Radioaktivitätsdaten konfrontiert. Zunächst galt es, mit den permanenten in der Schweiz die Daten zu analysieren und ein mögliches Unfallszenario zu konstruieren. Nach rund 1½ Stunden wurden diverse Messorganisationen aufgeboten mit dem Auftrag, Luftproben an ihrem Standort zu sammeln. Es handelte sich dabei um die kantonalen Messlabors in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Bern, Graubünden, Luzern und St.Gallen. Weitere Messunterlagen wurden von den Speziallaboratorien des Bundes beim AC-Labor in Spiez, bei der Sektion Überwachung der Radioaktivität in Fribourg, beim Paul Scherrer Institut in Würenlingen, bei der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung Abwasserreinigung und Gewässerschutz in Dübendorf und beim Institut de radiophysique appliquée in Lausanne eingefordert. Aus der von der Übungsleitung leicht modifizierten Datenlage zeichnete sich im Laufe des Vormittages ein Schadenplatz im Kanton Aargau ab.

Mobile Messmittel im Einsatz

Die Einsatzleitung bei der NAZ entschied sich in der Folge für das Aufgebot mobiler Messmittel. Vom Paul Scherrer Institut wurde ein Messwagen zum Kernkraftwerk Beznau dirigiert. Eine weitere mobile Equipe wurde vom Kernkraftwerk Mühleberg zur Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs beordert. Beide Equipen nahmen auf dem Platz Luft- und Grasproben. Anhand der fiktiv durch die Übungsleitung eingegebenen Daten zeigte sich rasch, dass die radioaktive Kontamination aus der Kehrichtverbrennungsanlage stammen müsste, dabei wohl wissend, dass sich ein Ereignis wie in Algeciras kaum ereignen könnte. Da die Datenlage auch eine Kontamination von Personen nicht ausschloss, wurde beim AC-Labor in Spiez zusätzlich ein mobiles Labor angefordert. Dieses ist mit Ganzkörpermessplätzen ausgerüstet. Ebenfalls aufgeboten wurde ein Super-Puma-Helikopter der Armee mit Aeroradiometrie-Ausrüstung an Bord. Mit Hilfe dieser Ausrüstung lässt sich aus der Luft in kurzer Zeit die Verstrahlungslage über grössere Flächen feststellen.

Fazit

Die Übung im Kanton Aargau zeigte eindrücklich, dass die Einsatzorganisation nicht nur für einen allfälligen Störfall in einem Kernkraftwerk gerüstet wäre, sondern auch für kleinere und mittlere Ereignisse bestens gewappnet ist. Festzuhalten ist auch, dass alle im Verlauf der Übung effektiv gemessenen Radioaktivitätswerte innerhalb der langjährigen Erfahrungsbereiche lagen und nirgends ungewöhnliche Werte festgestellt werden konnten.